

Konsens in Gefahr

Fünfzig Jahre Militärputsch in Argentinien: Rechte Versuche, Verbrechen reinzuwaschen, und haben mit Mileis Regierung Aufwind erhalten

Von John McAulay

Bis zum 7. November 1976 schien sich das Leben von Graciela Lois in Richtung Glück zu entwickeln – trotz der Schreckensherrschaft, die auf die Machtübernahme des Militärs in Argentinien folgte. Sie war mit Ricardo verheiratet, den sie zwei Jahre zuvor bei einer Universitätsdemonstration kennengelernt hatte. Ihre Verbindung gründete auf ihrem Engagement in der peronistischen Universitätsjugend und wurde durch die Geburt ihrer drei Monate alten Tochter noch gefestigt. In dieser Nacht wartete Graciela darauf, dass ihr Mann von einem Treffen mit anderen Aktivisten heimkehrte. Er kam nie zurück. Was sie damals noch nicht wusste: Ricardo war gerade zu einem der vielen »Verschwundenen« der Diktatur geworden.

Monatelang klammerte sie sich an die Hoffnung, dass er inhaftiert worden war und vielleicht bald freigelassen würde. »Dieses ›Vielleicht‹ hat mich lange Zeit verfolgt«, erinnert sie sich heute. Schließlich schloss sie sich der Organisation »Angehörige der Verschwundenen und aus politischen Gründen Inhaftierten« an. Dort traf sie viele andere, die nach einem Sohn, einem Ehemann oder einem Bruder suchten, die in den ersten Monaten der Repression durch das Regime verschleppt worden waren. Heute steht sie an der Spitze der Gruppe, nachdem sie ihr halbes Leben der Verteidigung der Menschenrechte und der Bewahrung der Erinnerung an dieses dunkle Kapitel in der Geschichte Argentiniens gewidmet hat. Und doch hat sie das Gefühl, diesen Kampf nun von neuem beginnen zu müssen – einen Kampf, den sie bereits für gewonnen hielt.

Am 24. März jährte sich zum fünfzigsten Mal der Staatsstreich von 1976, durch den die argentinischen Streitkräfte an die Macht kamen. Unter dem Vorwand, der »Unregierbarkeit« und der »subversiven Kriminalität« durch linke Guerillakämpfer ein Ende zu setzen, führte das Regime eine systematische Kampagne des Staatsterrorismus durch. Sie war geprägt von Entführungen, Folter, der Wegnahme von in Gefangenschaft geborenen Babys und einem landesweiten Netz geheimer Haftanstalten. Die Zahl von 30.000 »Verschwundenen« – von denen die meisten bis heute vermisst werden – verdeutlicht das Ausmaß des Grauens.

Die Diktatur endete im Dezember 1983, geschwächt durch die Niederlage im Falklandkrieg und eine tiefe Wirtschaftskrise. Mit der Rückkehr zur Demokratie wurde Argentinien zu einem weltweiten Vorbild: Im Rahmen des Prozesses gegen die Juntas wurden die obersten Führer des Regimes 1985 vor

das Bundesberufungsgericht von Buenos Aires gestellt und wegen Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt.

»Nunca más« neu bekämpft

Heute ist das Klima jedoch ein ganz anderes. Seit seinem Amtsantritt hat Präsident Javier Milei eine offen konfrontative Haltung gegenüber dem Konsens eingenommen, der sich um die Idee von »Nunca más« (Nie wieder) gebildet hat, und Debatten wiederbelebt, die jahrzehntlang als abgeschlossen galten. Für die Menschenrechtsbewegung wäre ein solches Szenario noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. »Niemand hat erwartet, dass wir in dieser Frage Rückschritte machen würden«, gibt Graciela schmerzerfüllt zu. »Wir haben zu sehr darauf vertraut, dass alles bereits gesichert sei.«

Und doch ist dies zum Teil der Fall. Einer aktuellen Studie zufolge stehen sieben von zehn Argentinern der Diktatur nach wie vor negativ gegenüber, und eine Mehrheit räumt ein, dass es einen systematischen Unterdrückungsplan gab. »Nach der Diktatur übernahm das Land eine Vorreiterrolle bei der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte. Das hat in der Gesellschaft ein tief verwurzelttes Bewusstsein geschaffen«, argumentiert der Soziologe Emilio Crenzel. Der Historiker Matías Grinchpun fügt eine Nuance hinzu: Dieser breite Konsens habe die Existenz von Minderheiten mit gegensätzlichen Ansichten verschleiert. »Es ist nicht so, dass rechtsgerichtete Erinnerungen plötzlich aufgetaucht wären – sie waren schon immer da. Sie haben lediglich an gesellschaftlicher Sichtbarkeit gewonnen«, erklärt er.

In Wahrheit verlief der Weg zum Konsens keineswegs geradlinig. Nach dem Prozess gegen die Militärjuntas führten die Gesetze »Punto y Aparte« (Neuer Abschnitt) und »Obediencia Debida« (Befehlsgehorsam) dazu, dass die Strafverfolgung von Militärangehörigen eingestellt wurde. Bald darauf begnadigte die Regierung im Namen der »nationalen Versöhnung« inhaftierte hochrangige Offiziere. Erst Anfang der 2000er Jahre, unter Präsident Néstor Kirchner, wurden diese Gesetze aufgehoben und die Prozesse wieder aufgenommen. Später, mit der Rückkehr der Rechten an die Macht unter Mauricio Macri, gab es Versuche, die sogenannte Zwei-mal-eins-Regelung anzuwenden, um die Strafen für diejenigen zu mildern, die wegen Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt worden waren.

Dennoch sind sich die beiden Analysten einig, dass es einen qualitativen Bruch zwischen der derzeitigen Regierung und ihren Vorgängern gibt. »Seit der Rückkehr zur Demokratie gab es noch nie eine Regierung, die der Diktatur so wohlwollend gegenüberstand«, sagt Grinchpun. Crenzel pflichtet ihm bei und stellt im offiziellen Diskurs eine Mischung aus Leugnung, Relativierung und Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen fest. »Das sind Argumente, die das Militärregime selbst während seiner gesamten Existenz verwendet hat«, bemerkt er.

Während des Wahlkampfs 2023 sorgte Milei für Kontroversen, indem er die Zahl von 30.000 »Verschwundenen« in Frage stellte. Seit seinem Amtsantritt in der Casa Rosada hat er diese Sichtweise weiter vertieft und sie sogar vor den Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter gebracht. Bei der Aufarbeitung des Erbes der Diktatur plädiert er für die Schaffung einer »vollständigen

Erinnerung«, die die staatliche Repression als Teil eines »Kriegs« gegen die Gewalt linker Guerillagruppen darstellt.

Dieser Wandel war nicht nur rein rhetorischer Natur. Mileis Regierung hat das Sekretariat für Menschenrechte zu einem Unterstaatssekretariat herabgestuft und die Hälfte des Personals entlassen. Zudem hat sie das Haroldo-Conti-Zentrum geschlossen, das sich für die Bewahrung des Gedächtnisses durch Kultur einsetzte, und die Ermittlungsabteilung der Nationalen Kommission für das Recht auf Identität lahmgelegt. Sie war für die Suche nach Kindern zuständig, die während der Diktatur entführt worden waren.

»Es gibt eine Politik des Abbaus der bestehenden Menschenrechtsinfrastruktur und das Bestreben, eine Erzählung zu konstruieren, die das allgemeine Verständnis der Gewalt der 1970er Jahre neu definiert«, fasst Crenzel zusammen. Doch trotz dieser Bemühungen sind viele der erzielten Errungenschaften unversehrt geblieben: Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschheit laufen weiter, das Thema Erinnerung ist Teil des Lehrplans, es werden weiterhin Bücher und Dokumentarfilme produziert, und jedes Jahr am 24. März füllen sich die Straßen mit großen Demonstrationen. »Das sind Errungenschaften, die Milei nicht untergraben konnte«, erklärt der Soziologe. Argentinien, sagt er, habe den 50. Jahrestag des Putsches »in einem widersprüchlichen Kontext« erreicht.

Gedenken zusammengestrichen

Nirgendwo wird dieser Widerspruch deutlicher als im Museum »ESMA Museum and Site of Memory«, das einst das größte geheime Gefangenenlager der Diktatur war, heute als Symbol für Argentiniens Erinnerungspolitik gilt und zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurde. Der März ist aufgrund des Nationalen Tages der Erinnerung für Wahrheit und Gerechtigkeit der besucherstärkste Monat. Die Anlage füllt sich mit Besuchern – überwiegend Argentinier –, die schweigend durch Räume schreiten, die einst der Unterdrückung dienten, entsetzt über die Erläuterungen der Museumsführer.

Hier hat Mileis Präsidentschaft die Besucherzahlen nicht geschmälert. »Wenn überhaupt, kommen mehr Leute«, erzählt ein Mitarbeiter. »Schul- und Universitätsbesuche sind bis zum Jahresende ausgebucht.« Doch der Regierungswechsel hat Budgetkürzungen und einen drastischen Personalabbau mit sich gebracht. »Früher waren wir sechzig Mitarbeiter, jetzt sind wir nur noch zwanzig«, sagt einer von ihnen. Das sichtbarste Zeichen der Kürzungen sind die Informationsbroschüren, die nur noch auf englisch erhältlich sind und immer noch das Logo des Ministeriums für Justiz und Menschenrechte der vorherigen Regierung tragen – das nun einfach nur noch Justizministerium heißt. »Sie wollen keine neuen mehr drucken«, sagt der Mitarbeiter. »Das sagt schon alles.«

Bislang hat die Regierung noch von ihrem extremsten Schritt Abstand genommen: der Begnadigung verurteilter Täter. Doch diese Möglichkeit schien näher gerückt, als Mitte 2024 mehrere Abgeordnete der Regierungspartei inhaftierte Militäroffiziere besuchten, die für Morde, Folter und Entführungen verantwortlich waren. Für Lydia Lukaszewicz war diese Geste besonders schmerzhaft. Ihr Vater Hernán Lukaszewicz diente als Unteroffizier im

Repressionsapparat. Heute betrachtet sie sich als »Extochter«, die »dieser Geschichte abgeschworen hat«, und prangert die Verbrechen der Diktatur über die »Disobedient Assembly« an, ein Kollektiv von Angehörigen der Täter.

»Ich habe immer gehofft, er würde reden, dass er Namen nennen würde«, sagt Lydia. »Aber das hat er nie getan.« Fälle wie der des ehemaligen Marineoffiziers Adolfo Scilingo – der seine Rolle bei den »Todesflügen« gestanden hat – sind selten und werden gerade deshalb innerhalb der Militärkreise gemieden. Wenn sie von einer möglichen Begnadigung hört, muss Lydia unweigerlich an ihren leiblichen Vater denken, der wie so viele andere starb, ohne verurteilt worden zu sein und ohne den Pakt des Schweigens zu brechen, der so viele Täter geschützt hat. »Diese Männer sollten niemals freikommen«, sagt sie. »Sie sollten im Gefängnis verrotten.«

Dass Milei bislang noch keine Schritte unternommen hat, um verurteilte Militärs freizulassen, ist laut Crenzel vor allem eine Frage der Prioritäten. Der libertäre Präsident konzentriert sich auf seine Wirtschaftsagenda, deren Kern eine umfassende Deregulierung bildet, die bereits heftige gesellschaftliche Gegenreaktionen ausgelöst hat. Demonstrationen von Rentnern gegen Kürzungen und Proteste gegen eine kürzlich verabschiedete Arbeitsreform, die Zwölfstundenarbeitstage zulässt, sind Anzeichen für wachsende Spannungen. »Er weiß, dass diese wirtschaftlichen Veränderungen Konflikte hervorrufen werden, und vermeidet es, gleichzeitig neue Fronten zu eröffnen«, erklärt der Soziologe.

Eine der größten Herausforderungen für den »Nunca más«-Konsens vollzieht sich jedoch fast unbemerkt, warnt Grinchpun. »Milei versucht, jahrzehntelanges gemeinsames Verständnis zunichte zu machen, indem er eine Erzählung fördert, die die Rolle der Streitkräfte aufwertet«, sagt er. Die Regierung hat kürzlich Generalleutnant Carlos Presti zum Verteidigungsminister ernannt – den ersten Militärangehörigen in diesem Amt seit der Diktatur – und drängt auf die Einbindung der Streitkräfte in die innere Sicherheit, womit sie mit dem Konsens nach 1983 bricht.

Gleichzeitig hat die Regierung auf die Proteste gegen ihre Politik mit Gewalt reagiert und polizeiliche Maßnahmen gerechtfertigt, selbst wenn diese zu schweren Verletzungen geführt haben. Grinchpun erinnert daran, dass diese »Sicherheitskräfte ein wesentlicher Bestandteil des Unterdrückungsapparats der Diktatur« waren, und warnt vor der Gefahr, dass ein solcher Diskurs letztendlich »den gewalttätigsten Handlungen, die sie begehen könnten, Legitimität verleihen« könnte. Die Auswirkungen, fügt er hinzu, könnten über die Amtszeit der aktuellen Regierung hinausreichen. »Wenn Milei weg ist, wird etwas davon bleiben. Und das wird zu einer Verzerrung, die tief in das Herz der Demokratie eingegraben ist und verhindert, dass sie sich voll entfalten kann.«

Inmitten dieses Kampfes um die Erinnerung an die Diktatur setzen die »Mütter« der Plaza de Mayo den Kampf fort, den sie 1977 begonnen haben. Angesichts des Verschwindens ihrer Kinder durch das Militärregime begannen sie, sich jeden Donnerstag vor der Casa Rosada zu versammeln, um Antworten zu fordern. Da der Ausnahmezustand Versammlungen von mehr als drei Personen verbot, beschlossen sie, im Kreis um den Platz zu gehen. Seitdem haben sie nicht aufgehört.

Am 12. März absolvierten sie ihren 2.500. Rundgang. Langsam schreitend verlasen sie die Namen der »Verschwundenen«. Auf jeden folgte ein trotziges »Anwesend!«. Unter ihnen war die Vorsitzende des Vereins, die 84jährige Carmen Arias, deren Kopf von dem symbolträchtigen weißen Tuch bedeckt war und deren Engagement unerschütterlich ist. »Die Mütter werden diesen Kampf niemals aufgeben, egal welche Hindernisse sich ihnen in den Weg stellen«, erklärte sie unter dem Beifall des Publikums. »Bis nächsten Donnerstag.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/520026.argentinien-konsens-in-gefahr.html>